



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Inge Aures, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Stefan Schuster, Kathi Petersen, Ruth Müller, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Eisenbahnergenossenschaften langfristig schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich mit allen ihr zu Verfügung stehenden Mitteln im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur dafür einzusetzen, dass in Bayern ansässige Eisenbahnergenossenschaften, deren Pachtverträge mit der Bundeseisenbahnvermögen in den nächsten Jahren auslaufen, im Bestand geschützt werden. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich deshalb für die Verlängerung der Erbpachtverträge zu den bestehenden Konditionen einzusetzen.

Begründung:

Die Erbpachtverträge für tausende Wohnungen mehrerer Eisenbahnergenossenschaften in München laufen in den nächsten Jahren aus. Das Bundeseisenbahnvermögen (BEV) will den Wohnungsbestand anschließend verkaufen – zu Preisen, die für die Genossenschaften viel zu teuer sind. Das gefährdet die bezahlbaren Mieten. Deshalb muss der Verkauf zum Höchstpreis gestoppt werden.

In Bayern wird bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit normalem Einkommen dringend benötigt. Genossenschaften gehören den Anbietern auf dem Wohnungsmarkt, die dauerhaft solch bezahlbare Wohnungen bereitstellen können. Genossenschaften müssen deshalb gestärkt und gefördert werden. Genossenschaften können helfen, den dramatischen Mangel an bezahlbaren Wohnungen wirksam zu bekämpfen.

Bereits der Verkauf der GBW-Wohnungen durch die Bayerische Landesbank an private Investoren hat dafür gesorgt, dass zehntausende bezahlbare Wohnungen in Bayern nach und nach in teuren Wohnraum umgewandelt werden. Nun folgt die nächste Bedrohung für den bayerischen Wohnungsmarkt.

Wir wollen, dass die Wohnungen der Eisenbahnergenossenschaften dauerhaft bezahlbarer Wohnraum bleiben. Wenn die Erbpachtverträge für die Genossenschaften auslaufen, droht ein Verkauf zu Marktpreisen. Das wäre das Ende für die Genossenschaften, die sich diese Preise nicht leisten können.